
Aktualisierte Konjunkturprognose des Sachverständigenrates für das Jahr 2014

20. März 2014

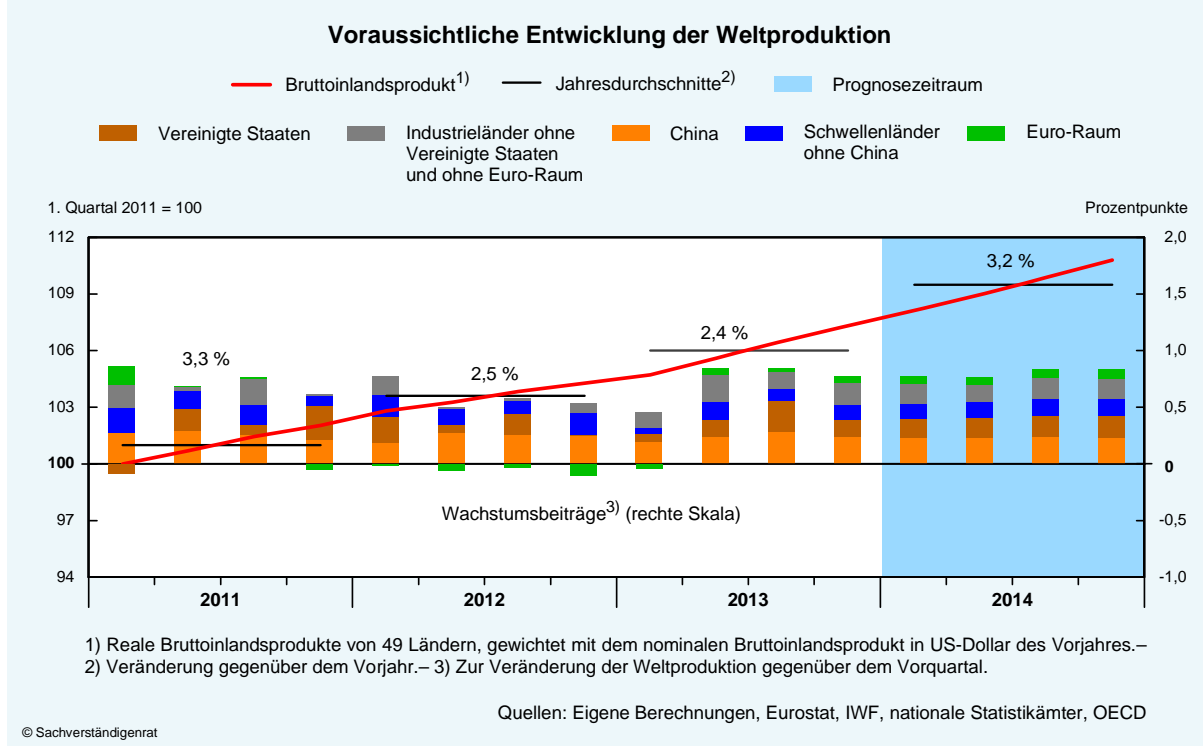
Aktualisierung der Konjunkturprognose

Der Sachverständigenrat erwartet für das Jahr 2014 eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 1,9 %, nachdem im Jahresgutachten 2013/14 noch von einem Zuwachs von 1,6 % ausgegangen wurde. Die Anhebung um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich zur Prognose im Jahresgutachten 2013/14 spiegelt die sich abzeichnende bessere Entwicklung zum Jahresbeginn sowie die weitere Aufhellung der Stimmungsindekatoren wider. Die Anzahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,7 % auf durchschnittlich rund 42,1 Millionen Personen steigen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich geringfügig auf 6,8 % zurückgehen. Der insgesamt bessere Ausblick für dieses Jahr darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Maßnahmen ergreift, die mittelfristig das Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft beeinträchtigen können.

Das außenwirtschaftliche Umfeld

1. Die **Weltproduktion** expandierte in der zweiten Jahreshälfte 2013 etwas stärker als im Jahresgutachten 2013/14 prognostiziert (Schaubild 1). Dazu hat wesentlich die bessere konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern beigetragen. Vor allem in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich hat sich der Aufschwung seit dem Herbst 2013 verstetigt und dabei eine stärkere konjunkturelle Dynamik entfaltet als erwartet. Gleichzeitig setzte sich im Euro-Raum der begonnene Erholungsprozess fort. In Japan hingegen klingen die expansiven Impulse seitens der Geld- und Fiskalpolitik bereits wieder ab. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich dort im zweiten Halbjahr 2013 merklich. Die Wirtschaftsleistung nahm im Gesamtjahr 2013 lediglich um 1,5 % statt der erwarteten 1,9 % zu. Für die Schwellenländer hat sich im Aggregat trotz einzelner Abweichungen die im Jahresgutachten prognostizierte Entwicklung gezeigt (Tabelle 1).

Schaubild 1



Die **anhaltend expansive Geldpolitik** in den Industrieländern wirkt nach wie vor stützend auf die Konjunktur. Mit Ausnahme von Japan schlägt sich dies bislang jedoch nicht in anziehenden Inflationsraten nieder, da die Produktionskapazitäten weiterhin unterausgelastet sind. Die moderate Preisentwicklung macht es wahrscheinlich, dass die großen Zentralbanken der Industrieländer ihre Leitzinsen im Verlauf des Jahres 2014 noch nicht anheben werden. Der Sachverständigenrat rechnet allerdings mit einer Fortsetzung der im Dezember 2013 von der US-amerikanischen Notenbank begonnenen Verringerung der monatlichen Wertpapierkäufe.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise ausgewählter Länder

Land/Ländergruppe	Gewicht in % ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
		2012	2013	Prognose für 2014 ²⁾		2012	2013	Prognose für 2014 ²⁾	
				Aktualisierung	JG 2013/14			Aktualisierung	JG 2013/14
Europa	31,6	0,1	0,3	1,6	(1,5)	2,7	2,0	1,8	(2,0)
Euro-Raum	19,5	- 0,7	- 0,4	1,3	(1,1)	2,5	1,3	1,1	(1,5)
Vereinigtes Königreich	3,9	0,3	1,9	2,9	(2,6)	2,8	2,6	2,2	(2,4)
Russland	3,2	3,4	1,3	1,2	(2,4)	5,1	6,8	6,5	(6,0)
Mittel- und Osteuropa ³⁾	1,8	0,7	1,2	2,6	(2,0)	3,7	1,4	1,4	(1,9)
übrige Länder ⁴⁾	3,1	1,3	1,3	1,9	(1,9)	0,6	0,6	1,0	(1,2)
Amerika	36,6	2,7	2,0	2,8	(2,8)	3,0	2,8	2,9	(3,1)
Vereinigte Staaten	25,9	2,8	1,9	2,9	(2,5)	2,1	1,5	1,6	(2,0)
Lateinamerika ⁵⁾	4,3	3,9	2,6	2,7	(4,4)	7,1	9,0	9,4	(8,5)
Brasilien	3,6	1,0	2,3	2,5	(3,0)	5,4	6,2	5,8	(5,4)
Kanada	2,9	1,7	2,0	2,5	(2,3)	1,5	0,9	1,6	(1,6)
Asien	31,8	4,7	4,8	4,9	(4,8)	2,5	2,7	3,3	(3,1)
China	13,1	7,7	7,7	7,6	(7,7)	2,6	2,6	3,0	(3,0)
Japan	9,5	1,4	1,5	1,2	(1,5)	0,0	0,4	2,5	(1,5)
asiatische Industrie- länder ⁶⁾	3,4	1,8	2,8	4,1	(4,5)	2,7	1,7	2,0	(2,3)
Indien	2,9	3,8	4,2	5,3	(4,3)	9,4	10,9	8,5	(8,0)
südostasiatische Schwellenländer ⁷⁾	2,9	6,4	5,1	5,4	(4,9)	3,2	4,1	4,1	(4,6)
Insgesamt	100	2,5	2,4	3,2	(3,0)	2,7	2,5	2,7	(2,7)
Industrieländer ⁸⁾	68,2	1,3	1,2	2,2	(2,0)	1,9	1,3	1,6	(1,8)
Schwellenländer ⁹⁾	31,8	5,1	4,8	5,0	(5,4)	4,5	5,1	5,0	(5,1)
nachrichtlich:									
exportgewichtet ¹⁰⁾	100	0,9	1,1	2,3	(2,1)
nach dem Messkonzept des IWF ¹¹⁾	100	3,1	3,0	3,7	(3,9)
Welthandel ¹²⁾	x	2,7	2,8	5,6	(5,2)

1) Anteil des nominalen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2012 in US-Dollar aller aufgeführten Länder bzw. Ländergruppen an dem nominalen Bruttoinlandsprodukt insgesamt.– 2) In Klammern stehende Werte: Gewicht in US-Dollar des Jahres 2011.– 3) Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.– 4) Dänemark, Norwegen, Schweden und Schweiz.– 5) Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Venezuela.– 6) Hongkong, Republik Korea, Singapur und Taiwan.– 7) Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand.– 8) Asiatische Industrieländer, Euro-Raum, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich.– 9) Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, China, Indien und Russland.– 10) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2012.– 11) Gewichte nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2013).– 12) Nach dem Messkonzept der OECD.

Quellen: Eurostat, IWF, OECD

2. Für das Jahr 2014 deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass sich das Expansionstempo der Weltproduktion weiter erhöht. Im Vergleich zur Prognose im Jahresgutachten 2013/14 geht der Sachverständigenrat nun für das Jahr 2014 von einem etwas stärkeren Anstieg der Weltproduktion um 3,2 % aus. Getragen wird diese Entwicklung wesentlich von der konjunkturellen Erholung in den **Industrielländern**. Die zurückgegangene wirtschaftspolitische Unsicherheit bezüglich der Euro-Krise, die Beilegung des US-amerikanischen Haushaltsstreits, die verbesserte Verschuldungsposition der privaten Haushalte und die Aufhellung der Unternehmens- sowie Konsumentenstimmung haben ihren Anteil daran. Besonders kräftig dürfte der Aufschwung in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich ausfallen. In den **Schwellenländern** behindern angebotsseitige Beschränkungen weiterhin eine kräftige Produktionsausweitung. Deshalb dürfte dort das Wachstum im Jahr 2014 nur geringfügig über dem des Jahres 2013 liegen.

3. Im **Euro-Raum** hat die jüngste Entwicklung in den Krisenländern Portugal, Irland und Spanien positiv überrascht (Tabelle 2). Die Reformbemühungen der letzten Jahre scheinen allmählich ihre Wirkung zu entfalten und sich positiv auf das Wirtschaftswachstum auszuwirken. Ersichtlich wird dies etwa bei Betrachtung der saisonbereinigten Arbeitslosenquoten. So war im Verlauf des zweiten Halbjahres 2013 in Irland und Portugal ein Rückgang der Arbeitslosenquote um 1,5 Prozentpunkte zu beobachten. In Spanien ging die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte zurück. Das Niveau der Arbeitslosenquoten ist in diesen Ländern allerdings nach wie vor sehr hoch und liegt in allen Ländern um mehr als das Doppelte über dem jeweiligen Vorkrisenniveau.

Die Inflationsrate im Euro-Raum liegt seit Oktober letzten Jahres unter 1 % und damit unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von unter, aber nahe bei 2 %. Für die geringe Preisdynamik lassen sich mehrere Gründe anführen. Zum einen hat der Euro im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre deutlich aufgewertet und über die Importpreise einen dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung ausgeübt. Zum anderen entwickelten sich die weltweiten Rohstoffmärkte im Zuge der schwächeren Weltkonjunktur im Jahr 2013 weniger dynamisch. Als Folge haben sich die Rohstoffpreise im Vergleich zu den Vorjahren zuletzt nur moderat erhöht. Darüber hinaus liegt ein weiterer Grund für die zurückgehenden Inflationsraten im Euro-Raum in wegfallenden Sondereffekten, die auf die Anhebung indirekter Steuern und administrierter Preise in einigen Ländern des Euro-Raums in den Jahren 2012 und 2013 zurückzuführen sind. Schließlich lässt sich die schwache Konjunktur des Euro-Raums nennen, die sich trotz der jüngst positiven Entwicklung weiterhin im Zustand stark unterausgelasteter Produktionskapazitäten befindet.

Trotz der zuletzt niedrigen Inflationsraten bleiben die mittelfristigen Inflationserwartungen stabil. So liegt der Mittelwert der Inflationsprognosen des von der EZB erhobenen Survey of Professional Forecasters vom Februar 2014 für die Jahre 2015 und 2016 bei 1,4 % beziehungsweise 1,7 %. Zudem ist damit zu rechnen, dass im Zuge der besseren Konjunkturerwicklung im Euro-Raum die Preise in den kommenden Monaten wieder stärker ansteigen, sodass der Sachverständigenrat für das Jahr 2014 mit einer Teuerungsrate von 1,1 % rechnet.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euro-Raum

Land/ Ländergruppe	Ge- wicht in % ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise ²⁾				Arbeitslosenquote ³⁾			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								%			
		2012	2013	Prognose für 2014 ⁴⁾		2012	2013	Prognose für 2014 ⁴⁾		2012	2013	Prognose für 2014 ⁴⁾	
				Aktua- lisierung	JG 2013/14			Aktua- lisierung	JG 2013/14			Aktua- lisierung	JG 2013/14
Euro-Raum⁵⁾	100	- 0,7	- 0,4	1,3	(1,1)	2,5	1,3	1,1	(1,5)	11,4	12,1	12,0	(12,1)
darunter:													
Deutschland	28,0	0,7	0,4	1,9	(1,6)	2,1	1,6	1,7	(2,0)	5,5	5,3	5,1	(5,2)
Frankreich	21,4	0,0	0,3	1,1	(1,1)	2,2	1,0	1,2	(1,4)	10,2	10,8	10,9	(11,1)
Italien	16,5	- 2,4	- 1,9	0,7	(0,5)	3,3	1,3	0,9	(1,2)	10,7	12,2	12,9	(12,3)
Spanien	10,8	- 1,6	- 1,2	1,2	(0,6)	2,4	1,5	0,5	(1,0)	25,0	26,4	25,4	(25,7)
Niederlande	6,3	- 1,2	- 0,8	1,5	(0,6)	2,8	2,6	1,3	(1,6)	5,3	6,7	6,8	(7,4)
Belgien	4,0	- 0,1	0,2	1,5	(1,1)	2,6	1,2	1,2	(1,5)	7,6	8,4	8,4	(8,8)
Österreich	3,2	0,9	0,4	1,2	(1,4)	2,6	2,1	1,9	(1,8)	4,3	4,9	4,9	(4,8)
Griechenland	2,0	- 6,4	- 3,7	- 0,9	(- 1,3)	1,0	- 0,9	- 1,5	(- 1,2)	24,3	27,3	28,0	(28,3)
Finnland	2,0	- 1,0	- 1,4	0,2	(1,3)	3,2	2,2	1,6	(1,8)	7,7	8,2	8,4	(7,9)
Portugal	1,7	- 3,2	- 1,4	1,8	(1,4)	2,8	0,4	0,7	(0,9)	15,9	16,5	14,6	(15,8)
Irland	1,7	0,2	- 0,3	2,0	(1,6)	1,9	0,5	0,7	(1,1)	14,7	13,1	11,4	(13,3)
nachrichtlich:													
Euro-Raum ohne Deutschland	72,0	- 1,1	- 0,8	1,0	(0,8)	2,7	1,2	0,9	(1,3)	13,5	14,5	14,5	(14,7)

1) Anteil des nominalen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2012 in US-Dollar an dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums.–

2) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.– 3) Harmonisiert, nach ILO-Definition. Für den gesamten Euro-Raum und den Euro-Raum ohne Deutschland gewichtet mit der Anzahl der Erwerbspersonen des Jahres 2012.– 4) In Klammern stehende Werte: Gewichtet in US-Dollar des Jahres 2011 bzw. mit der Anzahl der Erwerbspersonen des Jahres 2011.– 5) Gewichteter Durchschnitt der 18 Mitgliedstaaten des Euro-Raums.

Quellen: Europäische Kommission, Eurostat

4. Für das Jahr 2014 deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum **weiter anhalten** wird. Der Aufschwung dürfte dabei vor allem von positiven Außenhandelsimpulsen getragen werden. Eine kräftige Expansion der Binnennachfrage wird weiterhin durch die hohe Arbeitslosigkeit und die deshalb schwache Lohnentwicklung in mehreren Ländern verhindert, jedoch dürften die dämpfenden Effekte im Zeitverlauf abnehmen. Aufgrund der vergleichsweise kräftigen Produktionsausweitung in Deutschland sowie der sich weiter abzeichnenden Erholung etwa in Portugal, Irland und Spanien erhöht der Sachverständigenrat seine Prognose für die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im Euro-Raum für das Jahr 2014 von 1,1 % auf 1,3 %.

Risiken

5. Das **größte konjunkturelle Risiko** für die Weltwirtschaft geht momentan von dem Konflikt zwischen der Ukraine und Russland aus. Allerdings dürfte der unmittelbare Einfluss der Ukraine auf die Weltwirtschaft eher gering sein. Schließlich erwirtschaftet das Land ein kleineres Bruttoinlandsprodukt als Portugal oder Irland. Zudem ist die Verflechtung der ukrainischen Wirtschaft mit den internationalen Finanz- und Gütermärkten nicht sehr hoch. Etwas ausgeprägter sind die Handelsverflechtungen mit Russland. So beträgt der Anteil Russlands an den deutschen Warenausfuhren 3,3 %.

Ein wichtiger Wirkungskanal resultiert aus der bedeutenden Rolle Russlands auf den weltweiten Rohstoffmärkten. So war Russland im Jahr 2013 mit einem Anteil von 11,9 % der größte Rohölproduzent und nach Saudi-Arabien der zweitgrößte Ölexporteur weltweit. Ähnlich stellt sich die Situation beim Erdgas dar: Hier entfallen auf Russland etwas mehr als 18 % der weltweiten Produktion. Im Falle einer Einschränkung des russischen Gas- und Erdölangebots als Reaktion auf internationale Sanktionen ist vor diesem Hintergrund mit erheblichen Auswirkungen auf die Rohstoffpreise zu rechnen. Zudem ist davon auszugehen, dass es zu Lieferengpässen in Europa käme. Die deutsche Volkswirtschaft wäre hiervon zwar besonders stark betroffen, da mehr als 30 % der Einfuhren von Erdöl und Gas aus Russland stammen. Gleichwohl dürften nennenswerte Substitutionsmöglichkeiten bestehen.

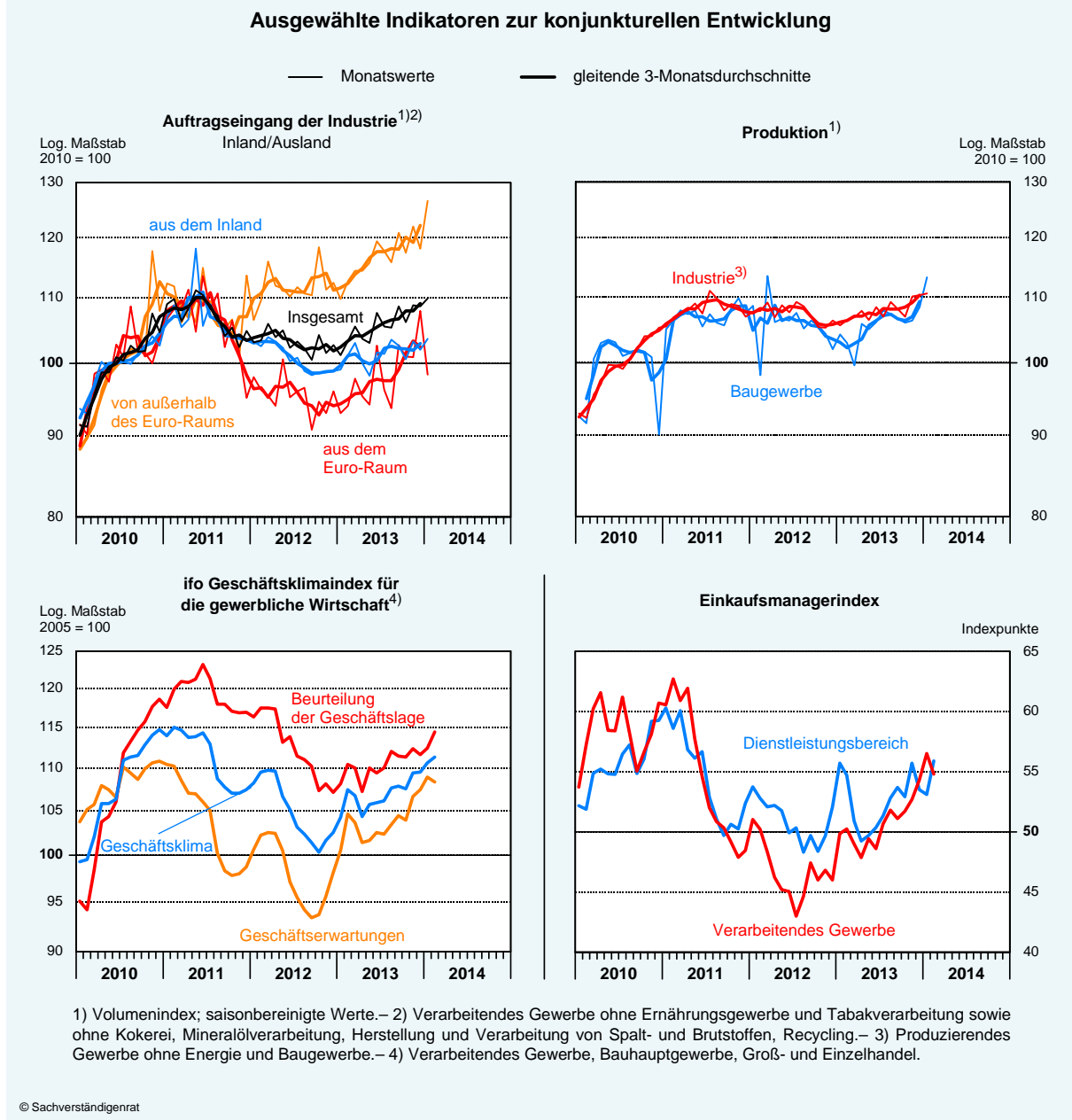
Ein weiteres Risiko für die Weltkonjunktur geht von den Schwellenländern aus, deren Wachstum in den vergangenen Jahren durch eine expansive Kreditentwicklung bestimmt gewesen war. Dies gilt insbesondere für das chinesische Finanzsystem. Das gesamtwirtschaftliche Kreditvolumen ist dort seit dem Jahr 2008 stark gestiegen und liegt derzeit bei nahezu 200 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Ein beträchtlicher Teil hiervon wird aus dem Nichtbankensektor (Schattenbanken) finanziert, der keinem Regulierungsrahmen unterliegt und durch eine hohe Intransparenz gekennzeichnet ist. Die starke Ausweitung des Kreditvolumens kann zu Fehlentwicklungen insbesondere im Immobiliensektor geführt haben. Eine abrupte Korrektur würde die wirtschaftliche Entwicklung in China stark beeinträchtigen und einen negativen Impuls auf die Weltkonjunktur ausüben.

6. Im **Euro-Raum** ist das Verhältnis zwischen konjunkturellen Chancen und Risiken aus Sicht des Sachverständigenrates weitgehend ausgeglichen. Einerseits stellt die politische Entwicklung in zahlreichen Ländern des Euro-Raums weiterhin ein großes Risiko dar. Nachlassender Reformwille oder der Verlust der Glaubwürdigkeit bei der Haushaltskonsolidierung könnten schnell zu einem erneuten Vertrauensverlust an den Finanzmärkten führen. Andererseits dürften im Euro-Raum die Chancen für eine positivere als die erwartete Entwicklung nicht minder groß sein. So gab es in den vergangenen Monaten verstärkt Anzeichen für eine noch deutlichere Belebung der Wirtschaftsaktivität in Ländern wie etwa Portugal, Irland, Spanien und Italien. Die Wachstumseffekte der Reformmaßnahmen sowie die stark zurückgegangene Unsicherheit könnten daher stärker wirken als in der Prognose unterstellt.

Die Entwicklung in Deutschland

7. Die Konjunktur in Deutschland ist im Frühjahr 2014 **aufwärts gerichtet**. Im vierten Quartal des Jahres 2013 hatte sich die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts beschleunigt, was auf einen deutlichen Anstieg des Außenbeitrags zurückzuführen war. Während die Exporte überdurchschnittlich stiegen, fiel der Zuwachs bei den Importen wesentlich schwächer aus. Die inländische Verwendung war im vierten Quartal 2013 rückläufig. Zwar wurden die Bruttoanlageinvestitionen ausgeweitet, dem stand ein leichter Rückgang der Konsumausgaben, vor allem aber ein kräftiger Lagerabbau gegenüber.

Schaubild 2

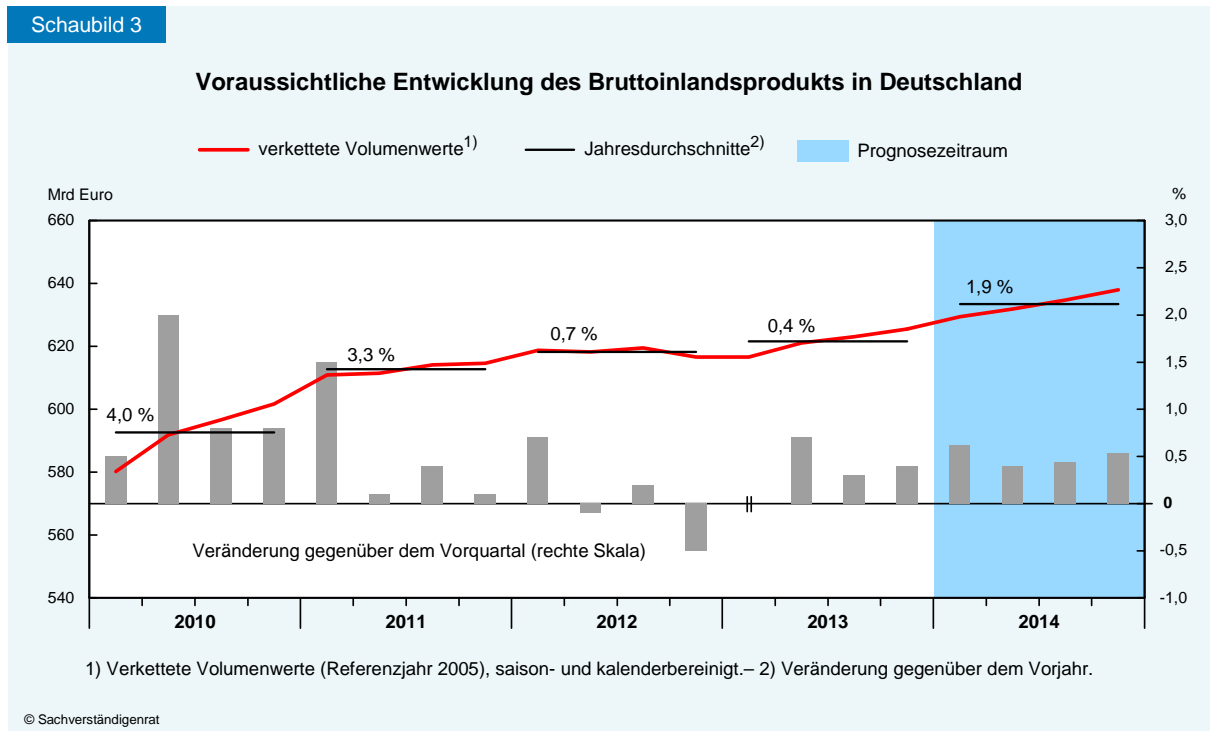


8. Die **realwirtschaftlichen Konjunkturindikatoren** zeichnen aktuell ein positives Bild für die erste Jahreshälfte 2014 (Schaubild 2). Die Industrieproduktion nahm im Januar bereits den dritten Monat in Folge zu, die Produktion im Baugewerbe stieg – unterstützt durch den milden Winter – kräftig. Beide Indikatoren befanden sich im Januar 2014 weit über dem Vorjahresstand. Die deutschen Industrieunternehmen verzeichneten zudem einen Anstieg der Auftragseingänge, wobei insbesondere das Ordervolumen aus dem Euro-Raum seit dem Beginn des vergangenen Jahres einen deutlich positiven Trend aufweist. Die inländischen Auftragseingänge nahmen zuletzt hingegen nur wenig zu. Dies passt noch nicht zu einem binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung.

Die **umfragebasierten Indikatoren** signalisieren im Frühjahr 2014 eine weitere Expansion der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Die Stimmung und Erwartungen der Unternehmen ha-

ben sich bereits in den vergangenen Monaten deutlich gebessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar 2014 bereits den vierten Monat in Folge und befindet sich inzwischen auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 2011. Zwar gingen die Geschäftserwartungen im Februar leicht zurück, sie liegen dennoch auf einem hohen Niveau. Dieses optimistische Bild bestätigen die Markt/BME-Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor.

Schaubild 3



9. Insgesamt zeichnen die Indikatoren ein optimistisches Bild. Dies bestätigt sich, wenn die verschiedenen Indikatoren für eine **Kurzfristprognose** verwendet werden. Sie lässt aktuell Quartalszuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts – in realer, saisonbereinigter Rechnung – von 0,6 % im ersten Quartal und 0,4 % im zweiten Quartal 2014 erwarten. In letzterem ist mit einer leichten Gegenbewegung bei den Bauinvestitionen zu rechnen, die im ersten Quartal die Grundtendenz etwas überzeichnen dürften.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kurzfristprognose rechnet der Sachverständigenrat für das Jahr 2014 mit einer jahresdurchschnittlichen **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts** von 1,9 % (Schaubild 3). In der im Jahresgutachten veröffentlichten Konjunkturprognose des Sachverständigenrates wurde noch eine etwas niedrigere Zuwachsrate von 1,6 % prognostiziert. Trotz dieser Aufwärtsrevision und der seit einigen Quartalen zu verzeichnenden konjunkturellen Erholung zeichnet sich aufgrund der zuletzt schwächeren inländischen Verwendung derzeit keine kräftigere Entwicklung im weiteren Jahresverlauf ab.

10. Die konjunkturelle Erholung im Jahr 2014 dürfte binnenwirtschaftlich getragen sein. Dafür sprechen die günstigen Fundamentalfaktoren, wie etwa das niedrige Zinsniveau. Diese Entwicklung hat sich bereits im Jahr 2013 angedeutet, in der die wesentlichen Wachstumsbeiträge bereits von den binnenwirtschaftlichen Komponenten gekommen waren (Tabelle 3).

Zusätzlich zu den bisherigen **Stützen der wirtschaftlichen Expansion** – den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen – dürften sich im Jahr 2014 die Zuwachsraten der Exporte im Zuge der konjunkturellen Erholung der Handelspartner im Euro-Raum wieder beschleunigen. Die außenwirtschaftlichen Vorzeichen sind etwas besser als noch im Jahresgutachten 2013/14 unterstellt. Dies gilt jedoch – wie die gesamte Prognose – nur unter dem Vorbehalt, dass es im Jahr 2014 nicht zu neuerlichen Schocks kommt. Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gehen im Jahr 2014 vor allem vom außenwirtschaftlichen Umfeld aus (Ziffer 6 ff.).

Die erwarteten Wachstumsbeiträge der Privaten Konsumausgaben und des Wohnungsbaus gehen maßgeblich auf die gute Lage am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen aktuellen und zukünftig erwarteten Einkommenssteigerungen zurück. Der Beschäftigungsaufbau dürfte im Jahr 2014 anhalten. Ein kräftiger Aufwuchs bei den Baugenehmigungen für Wohngebäude deutet auf weitere Impulse aus diesem Bereich hin.

Tabelle 3

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	2012	2013	Prognose für 2014	
				Aktualisierung	JG 2013/14
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	%	0,7	0,4	1,9	(1,6)
Konsumausgaben	%	0,8	0,8	1,4	(1,3)
Private Konsumausgaben ²⁾	%	0,8	0,9	1,4	(1,4)
Konsumausgaben des Staates	%	1,0	0,7	1,2	(1,1)
Ausrüstungsinvestitionen	%	- 4,0	- 2,4	6,3	(6,2)
Bauinvestitionen	%	- 1,4	0,1	4,8	(4,1)
Inländische Verwendung	%	- 0,3	0,5	1,9	(2,0)
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		0,9	0,0	0,1	(- 0,2)
Exporte	%	3,2	0,8	5,5	(5,2)
Importe	%	1,4	0,9	6,1	(6,3)
Erwerbstätige	Tausend	41 608	41 841	42 128	(42 109)
registriert Arbeitslose ³⁾	Tausend	2 897	2 950	2 917	(2 950)
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ³⁾	Tausend	28 991	29 354	29 702	(29 679)
Arbeitslosenquote ³⁾⁴⁾	%	6,8	6,9	6,8	(6,8)
Verbraucherpreise ⁵⁾	%	2,0	1,5	1,6	(1,9)
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾	%	0,1	0,0	- 0,1	(0,0)

1) Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts.– 2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 3) Für die Jahre 2012 und 2013 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.– 4) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 5) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 6) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

11. Zudem dürften die Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland erhöhen. Bereits seit dem zweiten Quartal des Jahres 2013 steigen die **Ausrüstungsinvestitionen** nach einem

sechs Quartale andauernden Rückgang wieder an – dieser ließ sich maßgeblich auf die hohe Unsicherheit im Euro-Raum zurückführen (JG 2013, Kasten 7). Im vierten Quartal 2013 legten sie (real, saisonbereinigt) um 1,4 % zu. In den kommenden Monaten dürfte sich die Investitionstätigkeit weiter beleben. Die monetären Rahmenbedingungen sind nach wie vor sehr günstig, und die Stimmungsindikatoren sowie die Auftragseingänge der Industrie insgesamt signalisieren momentan eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen.

Der Indikator zur politischen Unsicherheit für Europa und für Deutschland befindet sich zum Jahresbeginn 2014 auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den vergangenen zwei Jahren, in denen jeweils Rückgänge der Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen waren. Diese Rückgänge können teilweise über die vorherrschende politische Unsicherheit erklärt werden. Gegen eine noch stärkere Belebung der Investitionen sprechen aktuell die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland, die sich bislang eher verhalten entwickeln.

12. Einhergehend mit der kräftigeren inländischen Nachfrage steigen die Importe ebenfalls deutlich an, insgesamt dürfte der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags im Jahr 2014 jedoch – auch aufgrund eines stärkeren statistischen Überhangs bei den Exporten – leicht positiv ausfallen. Der Handelsbilanzüberschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte – u. a. bedingt durch eine erneute Verbesserung der Terms of Trade – von 6,3 % im Jahr 2013 auf 6,6 % im Jahr 2014 ansteigen.

13. Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird im Jahr 2014 moderat ausfallen. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2014 lag der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) bei 1,3 % beziehungsweise 1,2 %. Diese niedrige Inflationsrate ging vor allem auf die schwache Entwicklung der Energiepreise zurück, die im VPI ein Gewicht von rund 11 % aufweisen. Diese zum Teil durch Basiseffekte verursachte Entwicklung der Energiepreise dürfte im weiteren Jahresverlauf abnehmen, sodass die Verbraucherpreise im Jahr 2014 insgesamt um 1,6 % steigen dürften. Die Inflationsrate basierend auf dem für europäische Zwecke wichtigen harmonisierten Verbrauchpreisindex wird sich im Jahr 2014 voraussichtlich auf 1,7 % belaufen.

Arbeitsmarkt

14. Der Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2013 weiter stabil entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der **Erwerbstätigen** im Jahresdurchschnitt 2013 um rund 230 000 auf mehr als 41,8 Millionen Personen (Tabelle 4). Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus fiel jedoch schwächer aus als in den beiden Vorjahren, als die Anstiege bei 565 000 und 456 000 Erwerbstätigen lagen. Ein überproportionaler Anstieg ist mit etwa 360 000 Personen wiederum bei der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** zu verzeichnen.¹

¹Aufgrund von Änderungen der gesetzlichen Abgabefristen für die Jahresmeldungen im Meldeverfahren zur Sozialversicherung ist die Beurteilung der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2013 zurzeit noch erschwert. (siehe <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Hintergrundbericht-SV-Beschaeftigung-Meldeverfahren.pdf>).

15. Im Vergleich zur Prognose im Jahresgutachten 2013/14 stellt sich der Arbeitsmarktausblick leicht besser dar. Dies liegt wesentlich an der milden Witterung der Wintermonate. Sowohl umfragebasierte Frühindikatoren, beispielsweise das ifo Beschäftigungsbarometer oder die DIHK Konjunkturumfrage, als auch die Entwicklung des Stellenangebots, der Kurz- und der Zeitarbeit deuten auf eine weiterhin **robuste Arbeitsnachfrage** der Unternehmen hin. Im Zuge des leicht verbesserten konjunkturellen Ausblicks dürfte die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2014 auf durchschnittlich 42,1 Millionen Personen steigen.

Gestützt wird der Beschäftigungsaufbau durch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen sowie die erhebliche Nettozuwanderung nach Deutschland. All dies überkompensiert momentan den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials. Abzuwarten bleibt, wie sich die renten- und arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Bundesregierung auf die Arbeitsmarktentwicklung auswirken.

Tabelle 4

Der Arbeitsmarkt in Deutschland¹⁾

	2012	2013	Prognose für 2014	
			Aktualisierung	JG 2013/14
Tausend Personen				
Erwerbspersonen ²⁾³⁾	43 861	44 040	44 305	(44 372)
Erwerbslose ⁴⁾	2 316	2 263	2 237	(2 325)
Pendlersaldo ⁵⁾	63	64	60	(62)
Erwerbstätige ⁶⁾	41 608	41 841	42 128	(42 109)
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁷⁾	28 991	29 354	29 702	(29 679)
registriert Arbeitslose ⁷⁾	2 897	2 950	2 917	(2 950)
Quoten (%)				
Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾	6,8	6,9	6,8	(6,8)
ILO-Erwerbslosenquote ⁹⁾	5,5	5,3	5,1	(5,2)

1) Jahresdurchschnitte.– 2) Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).– 3) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 4) Nach ILO-Definition.– 5) Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/erwerbstätige Auspendler in das Ausland.– 6) Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept).– 7) Für die Jahre 2012 und 2013 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.– 8) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 9) Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen in der Abgrenzung der Arbeitskräfteerhebung.

16. Die Anzahl der **registriert Arbeitslosen** lag im Jahresdurchschnitt 2013 bei 2,95 Millionen Personen und somit 50 000 Personen über dem Vorjahresniveau. Die Abgangschancen aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit haben sich zuletzt verringert. Unter anderem das IAB-Arbeitsmarktbarometer deutet jedoch darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten wieder leicht zurückgehen könnte. Für das Jahr 2014 wird mit durchschnittlich rund 2,9 Millionen registriert Arbeitslosen gerechnet. Die Arbeitslosenquote reduziert sich voraussichtlich von 6,9 % im Jahr 2013 auf 6,8 % in diesem Jahr.

Öffentliche Finanzen

17. Gegenüber der Prognose im Jahresgutachten 2013/14 haben sich die Lage der und der Ausblick auf die öffentlichen Finanzen der Jahre 2013 beziehungsweise 2014 nur wenig verändert (Tabelle 5). Im vergangenen Jahr erreichte der Staat einen **geringen Überschuss** in Höhe von 0,3 Mrd Euro. Er fiel damit niedriger aus als im Herbst prognostiziert (3,8 Mrd Euro). Ursächlich hierfür waren höhere Ausgaben für Soziale Sachleistungen (im Wesentlichen die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung), höhere Abführungen an die EU und etwas niedrigere Steuereinnahmen. Revisionen des Statistischen Bundesamts für die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 2013 führten insbesondere zu geringeren Zinsausgaben des Staates und zu höheren Investitionsausgaben.

18. Obwohl die Prognose für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung günstiger ausfällt und die Abführung des Bundesbankgewinns höher ist als erwartet, ist im Jahr 2014 statt von einem geringen Überschuss von einem leicht negativen Finanzierungssaldo auszugehen (- 0,1 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Diese Entwicklung des Finanzierungssaldos lässt die prognostizierte **Staatsschuldenquote** nahezu unverändert. Vor allem aufgrund des nominalen Wirtschaftswachstums dürfte sie von 78,4 % zum Jahresende 2013 auf 75,2 % zum Ende des laufenden Jahres zurückgehen. Allerdings wurde der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2013 noch nicht veröffentlicht, sodass sich hier noch nennenswerte Abweichungen ergeben können.

19. Bezogen auf das Jahr 2014 haben die beschlossenen Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Saldo kaum Einfluss auf die **Defizitquote**, da sowohl Zuwächse bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben zu erwarten sind. Am stärksten wirkt sich aus, dass der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zu Beginn des laufenden Jahres nicht abgesenkt wurde. Eine Beitragssatzsenkung von 18,9 % auf 18,3 % wäre nach zum Jahresende gültigem Recht eigentlich erforderlich gewesen. Diese Beitragssatzsenkung hätte Mindereinnahmen für den Staat von etwa 6 Mrd Euro bedeutet. Dem nicht realisierten Einnahmerückgang stehen die **Leistungsausweitungen** in der GRV entgegen (vor allem die „Mütterrente“ und die „Rente mit 63“). Sie sollen zum 1. Juli 2014 in Kraft treten und dürften im Jahr 2014 Mehrausgaben von 4,5 Mrd Euro verursachen. Für das kommende Jahr geht der Gesetzentwurf von Mehrausgaben in Höhe von 9 Mrd Euro aus.

20. Die weiteren Ausgabensteigerungen des Bundes, die von der neuen Regierung geplant sind, haben nur einen verhältnismäßig geringen Umfang. So plant die neue Bundesregierung im neuen Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 unter anderem **zusätzliche Investitionsausgaben** in Höhe von 0,5 Mrd Euro und zusätzliche Ausgaben für Entwicklungshilfe in Höhe von 0,2 Mrd Euro. Andere geplante Mehrausgaben kommen den Ländern und Gemeinden zugute und werden den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo somit nicht unmittelbar beeinflussen.

21. Der Staatskonsum dürfte im laufenden Jahr um 3,6 % zulegen (etwa 19 Mrd Euro). Ganz wesentlich trägt hierzu zwar erneut die dynamische Entwicklung der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung bei. Aber die Konsumausgaben der Länder und Gemeinden dürften ebenfalls deutlich zunehmen. Die Investitionen wiesen infolge des Auslaufens der

Konjunkturpakete in den Jahren 2012 und 2013 ein niedriges Niveau auf. Von diesem dürften sie sich etwas erholen, wozu auch die Instandsetzung der Infrastruktur in den vom Hochwasser im Jahr 2013 betroffenen Gebieten beitragen dürfte. Daher ist mit einem Anstieg von etwa 6 % (knapp 3 Mrd Euro) im laufenden Jahr zu rechnen. Dies verdeutlicht, dass eine nennenswerte Ausweitung der Investitionsausgaben im Rahmen der aktuellen Einnahmen möglich wäre, wenn der Staat auf der Ausgabenseite **andere Schwerpunkte** setzen würde.

Tabelle 5

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2012	2013	Prognose für 2014		2013	Prognose für 2014
			Aktualisierung	JG 2013/14		Aktualisierung
			Mrd Euro			
Einnahmen	1 193,8	1 223,4	1 261,2	(1254,5)	2,5	3,1
davon:						
Steuern	617,7	636,4	653,9	(657,2)	3,0	2,7
Sozialbeiträge	448,9	459,1	474,1	(468,0)	2,3	3,3
sonstige ²⁾	127,1	127,9	133,2	(129,3)	0,6	4,1
Ausgaben	1 191,5	1 223,1	1 263,2	(1253,3)	2,7	3,3
davon:						
Vorleistungen	130,9	135,2	140,0	(142,7)	3,2	3,6
Arbeitnehmerentgelte	203,8	208,4	214,5	(213,4)	2,2	2,9
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,8	59,1	57,2	(59,4)	- 7,4	- 3,2
Subventionen.....	24,6	25,7	26,6	(25,5)	4,3	3,4
monetäre Sozialleistungen.....	430,3	440,1	456,4	(451,6)	2,3	3,7
soziale Sachleistungen.....	213,1	223,9	232,7	(229,4)	5,0	4,0
Bruttoinvestitionen	41,4	42,8	45,5	(44,1)	3,5	6,3
sonstige ³⁾	83,6	88,1	90,3	(87,3)	x	x
Finanzierungssaldo	2,3	0,3	- 2,0	(1,2)	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁴⁾						
Staatsquote ⁵⁾	44,7	44,7	44,5	(44,2)	x	x
Steuerquote ⁶⁾	23,6	23,6	23,3	(23,4)	x	x
Abgabenquote ⁷⁾	39,4	39,4	39,1	(39,0)	x	x
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	- 0,1	(0,0)	x	x
Schuldenstandsquote ⁸⁾	81,0	78,4	75,2	(75,0)	x	x

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). Gebietskörperschaften: Bund, Länder, Gemeinden, EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Kinderbetreuungsausbau, Fonds „Deutsche Einheit“, Vermögensschädigungsfonds, Teile des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds.– 2) Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers.– 3) Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.– 4) Jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.– 5) Ausgaben.– 6) Steuern sowie Steuern an die EU.– 7) Steuern und Erbschaftsteuer, Steuern an die EU sowie tatsächliche Sozialbeiträge.– 8) Schulden des Staates (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht).

Tabelle 6

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹⁾
in Prozentpunkten

	2009	2010	2011	2012	2013	Prognose für 2014	
						Aktualisierung	JG 2013/14
Inländische Verwendung	- 2,2	2,3	2,6	- 0,3	0,4	1,8	(1,9)
Konsumausgaben	0,7	0,9	1,5	0,6	0,6	1,1	(1,0)
Private Konsumausgaben	0,1	0,6	1,3	0,4	0,5	0,8	(0,8)
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	(0,2)
Anlageinvestitionen	- 2,2	1,0	1,2	- 0,4	- 0,1	0,9	(0,9)
Ausrüstungsinvestitionen	- 1,8	0,7	0,4	- 0,3	- 0,2	0,4	(0,4)
Bauinvestitionen	- 0,3	0,3	0,7	- 0,1	0,0	0,5	(0,4)
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	(0,1)
Vorratsveränderungen	- 0,6	0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,2	(0,0)
Außenbeitrag	- 3,0	1,7	0,7	0,9	0,0	0,1	(- 0,2)
Exporte	- 6,3	6,4	3,8	1,6	0,4	2,8	(2,7)
Importe	3,3	- 4,7	- 3,1	- 0,7	- 0,4	- 2,7	(- 2,9)
Nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt	- 5,1	4,0	3,3	0,7	0,4	1,9	(1,6)

1) Reale Werte.